

## Gedanken zu aktuellen Themen im Kreis

05. Januar 2016



www.BIG-Holzland.de

**Von Christian Nitsch (B.I.G.-Kreistagsmitglied), Taupadel** (Text geringfügig redaktionell bearbeitet)

Sie haben es sicher in der OTZ vom 18. Dezember 2015 unter der Überschrift "**Kreistag verabschiedet geschönten Haushalt**" (siehe nächste Seite) gelesen: Darin wird offen zugegeben, daß dem Kreistag ein Haushalt mit unrealistischen Zahlen vorgelegt wurde. Allen Kreistagsfraktionen ist das bewußt, wie auch in allen Redebeiträgen deutlich zum Ausdruck kam. Trotzdem wurde der Haushalt mit den Stimmen der CDU und unterstützt von Bauernverband- und FDP-Fraktion beschlossen. Kreistagsmitglied der Grünen, Olaf Möller (Staatssekretär und damit Mitglied der Landesregierung), enthielt sich - trotz seiner scharfer Kritik in der Debatte zum Haushaltsentwurf - wider besseren Wissens seiner Stimme.

### **Dieser Haushalt, sollte er genehmigt werden, wird in einer Haushaltssperre enden oder einen Nachtragshaushaltsplanung erforderlich machen.**

Der jetzige Haushalt sieht eine **Kreisumlagererhöhung von zusätzlich einer halben Million €** für alle Saale-Holzland-Kreis-Kommunen vor. Es ist unverständlich, wie ein Kreistagsmitglied, der Verwaltungsgemeinschaft-Vorsitzender oder Bürgermeister ist, diesem zustimmen kann.

Wie zynisch muß es den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Heide-land Elstertal und Schkölen geklungen haben, als ihr Verwaltungsleiter Martin Bierbrauer (CDU) die Auswahl der angenommenen Planzahlen, die zu dieser Kreisumlagererhöhung führten, "gelobt" hat (siehe OTZ-Artikel). Wo doch der Fraktionsvorsitzende der Linken, Knuth Schurtzmann, in der Debatte zum Kreishaushalt bereits die erneute Belastung von zusätzlichen 2,78 Millionen € für alle Kommunen im Nachtragshaushalt errechnet hat.

**Wir als B.I.G.-Fraktion sind grundsätzlich gegen jegliche Erhöhung der Kreisumlage für die Kommunen des SHK!** Eine Kreisumlage ist letztlich eine Steuererhöhung für die Bürger. Denn womit sollen und werden die Städte und Gemeinden diese Umlagen-Erhö- hung finanzieren? Mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger der Saale-Holzland-Kreises. Und das vorzugsweise mit der Grundsteuer für bebautes und unbebautes Land.

Unser Fraktion ist der Meinung, daß der Landkreis und der Landrat als Chef der Kreisverwaltung nicht bereit sind, umfassend einzusparen und Gelder und Personalkosten umzuschichten, um damit eine Kreisumlage-Erhö- hung überflüssig zu machen.

Wir glaubten noch im laufenden Jahr, daß mit der Überprüfung sämtlicher Verträge, die der Landkreis zur Finanzierung freiwilliger Leistungen geschlossen hat, Gelder für den Landkreis gespart werden könnten. Die Fraktion der Linken hat vor dem Kreistag bei der Zuschußfinanzierung der Leuchtenburg beispielhaft nachgewiesen, daß mit den aufgeführten Besucherzahlen der Stiftung und den daraus resultierenden eigenen Einnahmen etwas nicht stimmen kann. Letztlich ist die Linke-Fraktion aber offenbar aus politischen Gründen eingeknickt und der Landkreis zahlt weiter. Was dazu führen wird, daß auch noch der geplante **Personenaufzug für die Leuchtenburg** mitfinanziert werden wird.

**Wäre es nicht besser gewesen, mit diesen eingesparten Zuschuß auf einen Teil der Kreisumlagererhöhung zu verzichten?** Dieses Geld in den Kommunen zu belassen, damit diese investieren können?

Unsere Fraktion hat in Vorbereitung des Kreishaushaltes mehrfach gefordert, eine gesonderte Aufstellung zu erhalten, welche die Kosten für die Asylbewerberproblematik umfassend auflistet. Wir wollten wissen, was es dem Saale-Holzland-Kreis tatsächlich kostet und welche Kosten Land beziehungsweise Bundesregierung übernehmen. Die Antwort ist uns die Kreisverwaltung bis heute schuldig geblieben.

Diese Beispiele zeigen die oft beschworene "vertrauensvolle Zusammenarbeit" im Kreistag und mit der Kreisverwaltung. Es wird in den großen Fraktionen von CDU und Linken verheimlicht, gekungelt und eine undemokratisch Politik gemacht. Für uns als kleine Fraktion, die nicht in allen Ausschüssen des Saale-Holzland-Kreises vertreten sein kann, verbleiben als Strategie Geradlinigkeit und Kompromißlosigkeit. **Wir vertreten unsere Bürger.** Wir sind das Sandkorn im politischen Getriebe, das verhindert, daß diese Politik auf Kosten unserer Bewohner der Saale-Holzland-Kreis erfolgt.

**Bitte unterstützen Sie uns dabei!**

# Kreistag verabschiedet „geschönten“ Haushalt

OTZ  
18.12.15

Mit einer hauchdünnen Mehrheit von nur einer Stimme passiert die Vorlage das Gremium. Kritiker sprechen von einer „Mogelpackung“. Sie befürchten eine baldige Haushaltssperre und eine drastische Anhebung der Kreisumlage.

Von Frank Kalla

**Eisenberg.** Es ging hoch her am Rednerpult zur Sitzung des Kreistages Saale-Holzland am Mittwochabend im Kaisersaal des Eisenberger Schlosses. Kaum hatte Landrat Andreas Heller (CDU) die Eckdaten des Entwurfs für 2016 präsentiert, meldeten sich Zweifler und Befürworter lautstark zu Wort.

Mit einem Gesamtvolumen von über 100 Millionen Euro hat der Haushalt des Landkreises eine neue Dimension erreicht. Ein Großteil des Geldes – rund 53 Millionen Euro – entfällt da-

bei allein auf den Bereich der sozialen Sicherung. Der Landrat verwies hier beispielhaft auf die zusätzlichen Belastungen in Höhe von fast einer Million Euro bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Diese Belastungen könnten nur zum Teil durch Mehreinnahmen kompensiert werden. Zugleich stellte sich Andreas Heller schützend vor das Personal des Landkreises. So seien die Personalkosten von 25 auf 23 Prozent gesunken.

Kritik übte er an der Politik der rot-rot-grünen Landesregierung. Es könne nicht sein, dass man an einer Stelle Zuweisungen aufstocke, aber an anderer Stelle sehr viel mehr wieder wegnehme, meinte er mit Blick auf die Senkung der Schlüsselzuweisungen. Dies hätte erhebliche Kreisumlagensteigerungen zur Folge. Gleichwohl habe man sich entschieden, die Schlüssel-

zuweisungen in gleicher Höhe wie im Vorjahr einzuplanen. Dadurch falle die Erhöhung des Umlagensatzes mit 0,79 Prozentpunkten moderat aus.

„Der Landkreis ist ein Vampir geworden, der die Gemeinden bis auf den letzten Tropfen aussaugt.“

Ingo Lippert (SPD)

Genau diese Herangehensweise bezeichnete Kreistagsmitglied Olaf Möller (Grüne), zugleich Vorsitzender des Finanzausschusses, als „Mogelpackung“. Man rede über einen Haushalt, der auf Sand gebaut und der „geschönt“ sei. Eine Haushaltssperre sei deshalb programmiert. „Wir werden bald über einen Nachtrag diskutie-

ren, der eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage nach sich zieht“, meinte Möller, der beantragte, 10 000 Euro für das Dokumentationszentrum Walpersberg durch eine Umschichtung bereitzustellen. Ingo Lippert sagte, der Landkreis sei ein Vampir geworden, der die Gemeinden bis auf den letzten Tropfen aussauge. Man beschreibe einen Weg, der in die finanzielle Katastrophe führe. „Ich stimme auf jeden Fall einem solchen Haushalt nicht zu“, betonte der SPD-Mann. Jens Tischendorf (CDU) verteidigte indes die Herangehensweise der Verwaltung bei der Erstellung des Haushaltes. Man habe bislang keine belastbaren Zahlen, ohne Haushalt könne man nicht investieren oder Geld an Freie Träger überweisen. Linke/Grüne-Fraktionschef Knuth Schurtzmann sagte, der Haushalt biete null Spielraum. Sollte die Kürzung

bei den Schlüsselzuweisungen kommen, müsste der Landrat „2,78 Millionen Euro raus-schwitzen“, um das Defizit auszugleichen. Dies sei nicht machbar. Am Ende werde die Last auf die Kommunen abgewälzt.

Martin Bierbrauer (CDU) verdeutlichte die vertrackte Situation des Landkreises. Hätte man die anderen Planzahlen genommen, wären nur noch zwei der 93 Gemeinden in der Lage gewesen, eine fünfprozentige Kreisumlagenenerhöhung zu stemmen. Ein solcher Haushalt wäre nie genehmigungsfähig gewesen.

Nach einer Auszeit seiner Fraktion erklärte Schurtzmann mit Blick auf Kreistagsmitglied und Walpersberg-Vereinschef Markus Gleichmann (Linke), dass er den Antrag für Walpersberg unterstütze, sich aber auf keinen Kuhhandel einlasse. Er werde gegen den Haushaltsentwurf stimmen. ▶ KOMMENTAR

Ostthüringer Zeitung

18.12.2015

Kommentiert

## Zahlenakrobatik



Frank Kalla über Kämmerer und Kommunalpolitiker, denen ein schweres Jahr bevorsteht

Der Landkreis hat seinen Haushalt so gut wie eingetütet. Signalisierte das Landesverwaltungsamt in Weimar doch im Vorfeld, dass derzeit nichts einer Genehmigung des Zahlenwerkes im Wege steht.

Ausgestanden ist die Sache damit aber nicht. Bleibt es bei den 2,8 Millionen Euro, die der Landkreis weniger an Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr vom Land erhalten soll, muss das Paket über kurz oder lang wieder aufgeschnürt werden. Spätestens dann ist Zahlenakrobatik gefragt. Selbst wenn

das Land noch etwas nachlegt bei den Schlüsselzuweisungen, muss beim Landkreis scharf gerechnet werden. Eine unzumutbare Belastung der Kommunen darf dabei nicht herauskommen, weil dann das Landesverwaltungsamt möglicherweise den Kreishaushalt nicht genehmigt. Dem Kreis bliebe dann nur noch, den Rotstift bei den Investitionen anzusetzen. Auch das dürfte überaus schwierig werden. Die Sanierung der Regelschule Stadtroda kann man nicht stoppen, weil man mittendrin ist in den Arbeiten. Den Rotstift bei den Straßen anzusetzen, geht eigentlich auch nicht, weil es sich in Kahla und Camburg um Gemeinschaftsmaßnahmen handelt und es in Oelknitz darum geht, während des Baus der B 88 eine Umgehungsstraße vorzuhalten.

Bleibe im Notfall eine weitere Kreditaufnahme. Vorausgesetzt die Genehmigungsbehörde spielt das Spiel noch mit.

Rechnen muss man aber auch bei den Kommunen. Einfach mal schnell das Geld ausgeben und den Kreis bei einer Umlagenenerhöhung in die Röhre schauen lassen, geht nicht. Jeder genehmigte Griff des Kreises in die kommunalen Kassen muss bedient werden, andernfalls droht ein Vollstreckungstitel.